

50. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND - Utopien schaffen? Mit links!

V4 Freiwillige Ausreiseberatung stoppen!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand
und Nina Eisenhardt
Beschlussdatum: 30.03.2018
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

1578 Die GRÜNE JUGEND fordert das sofortige Ende der Rückkehrberatung durch
1579 Ausländerbehörden für geflüchtete Menschen. Rückkehrberatungen müssen durch
1580 unabhängige Stellen durchgeführt werden und dürfen keine Maßnahme sein, um
1581 geflüchtete Menschen in Notsituationen unter Druck zu setzen und zur Ausreise zu
1582 zwingen.

1583 Immer mehr Bundesländer setzen auf die sogenannte freiwillige Rückkehrberatung.
1584 Flüchtlingsräte und Verbände kritisieren diese Vorgänge zurecht. Berichte
1585 zeigen, dass eingesetzten Berater*innen oft schlecht geschult sind und
1586 systematisch sachlich falsch über die bestehende Rechtslage sowie den Verlauf
1587 einer "freiwilligen" Ausreise informieren. Es werden Geldprämien versprochen,
1588 die im Herkunftsland nicht ausgezahlt werden oder von angeblich sicheren
1589 Gebieten gesprochen, zum Beispiel in Afghanistan, die es nicht gibt.

1590 Darüber hinaus sind die Rückkehrberatungen nur vermeintlich freiwillig.
1591 Tatsächlich wird die Freiwilligkeit in der Einladung meist unterschlagen und
1592 Geflüchteten wird in der Praxis bei Nichtteilnahme häufig mit Sanktionen
1593 gedroht, zum Beispiel durch einen Aktenvermerk "unkooperatives Verhalten".
1594 Traumatisierte Geflüchtete (aus Syrien und Afghanistan) werden massiv unter
1595 Druck gesetzt und werden durch die Angst, wieder in Kriegsgebiete zurückkehren
1596 zu müssen, weiter traumatisiert.

1597 Wir fordern endlich einen menschlichen und fairen Umgang mit Geflüchteten bei
1598 den zuständigen Behörden und möchten Integration vor Ort umsetzen. Dies
1599 funktioniert nur mit Humanität, nicht mit Abschottung und unfairen Tricks.

1600 Refugees Welcome!